



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

11/SN-121/ME

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Finanzstrafgesetz
geändert wird

Wien, am 22. April 1988

Bucek/Ha

Klappe 2236

900/369/88

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. 34. GE. 88

Datum: 26. APR. 1988

Verteilt 27. APR. 1988

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien

Dr. Pramböck

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 28. März 1988,
Zahl FS-110/8-III/9/88 vom Bundesministerium für
Finanzen übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Finanzstrafgesetz geändert wird, gestattet
sich der Österreichische Städtebund anbei 25 Aus-
fertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

Beilagen

Dr. E. Pramböck

(Dkfm.Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Finanzstrafgesetz
geändert wird

Wien, am 22. April 1988
Bucek/Ha
Klappe 2236
900/369/88

An das
Bundesministerium
für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8
1015 Wien

Zu dem mit Note vom 28. März 1988, Zahl FS-110/8-III/
9/88 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Finanzstrafgesetz geändert wird, beehrt sich
der Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß da-
gegen keine Einwendungen erhoben werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleich-
zeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.

(Dkfm.Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär